

Erläuterungen

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0466/2014/1

Integrationskonzept für den Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:

03.09.2014	Ausschuss für Gesundheit und Soziales
23.09.2014	Kreisausschuss
30.09.2014	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	zz. nicht quantifizierbar
----------------------------------	---------------------------

Leitbildrelevanz:	3.1, 3.9
--------------------------	----------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.03.2014 den vorgelegten Entwurf eines Integrationskonzeptes für den Kreis Heinsberg beschlossen und die Verwaltung beauftragt, die notwendige Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen herbeizuführen und eine Beteiligung der übrigen Akteure der Integrationsarbeit durchzuführen.

Der Entwurf des Integrationskonzeptes ist zwischenzeitlich sowohl den kreisangehörigen Kommunen als auch den im Kreis tätigen Migrantenorganisationen und allen anderen bekannten Akteuren der Integrationsarbeit, z. B. den im „Netzwerk Integration“ vertretenen Organisationen, mit der Möglichkeit der Stellungnahme zur Kenntnis gegeben worden.

Von den kreisangehörigen Kommunen sind keinerlei Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen vorgetragen worden. Das Bistum Aachen - Büro der Regionaldekane für die Region Mönchengladbach und Heinsberg, der Jugendmigrationsdienst - JMD - Düren-Heinsberg des Sozialdienstes katholischer Frauen e. V. - SkF - Düren, das Netzwerk der Migrantenorganisationen und der Integrations- und Bildungsverein in Hückelhoven e. V. haben sich zum Integrationskonzept geäußert und Wünsche zur Ergänzung des Konzeptes vorgetragen.

Alle eingegangenen Stellungnahmen sind ebenso wie die jeweiligen Beschlussvorschläge der Verwaltung hierzu in einer Synopse erfasst und der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales als Anlage beigelegt worden.

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete wie folgt:

Der Ergänzung des Integrationskonzeptes wird entsprechend den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zugestimmt.

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wurde dieser Beschlussvorschlag einvernehmlich wie folgt erweitert:

Beschlussvorschlag:

Der Ergänzung des Integrationskonzeptes entsprechend den Beschlussvorschlägen der Verwaltung und der regelmäßigen Berichterstattung im Rahmen eines Monitorings wird zugestimmt.